

MARTIN GLASENAPP

DIE GRAMMATIK DER MIGRATION

RESSOURCENRAUB UND WACHSENDE MOBILITÄT IM WESTLICHEN AFRIKA

Flüchtlinge und MigrantInnen sind die Zeuginnen unserer Zeit. Die Bewegungen der Flucht und Migration innerhalb des afrikanischen Kontinents und entlang der südlichen Grenzregionen der Europäischen Union sind der menschliche Preis einer Globalisierung, die an den Ressourcen und Märkten des afrikanischen Kontinents, nicht aber an seiner Bevölkerung interessiert ist. Wenn in den südlichen Meeren ein marodes Boot mit hunderten Flüchtlingen kentert, erfährt die Öffentlichkeit nichts über die Toten. Anders als bei jedem Flugzeugabsturz mit EuropäerInnen an Bord werden die «stranded people» entpersonalisiert: Die Opfer haben kein Gesicht, tragen keine Namen, sind ohne Geschichte. Der Tod im eigenen Meer verlangt dennoch politische Abhilfe – schließlich ist Europa nach der Formulierung Bernard-Henri Lévy's «kein Ort, sondern eine Idee der Humanität.» Doch sind jenseits solch' tröstlicher Versicherung die Ertrunkenen im Mittelmeer nur die dunkle Konsequenz des europäischen Zusammenschlusses und eines Globalisierungsversprechens, das auf der radikalen Freiheit des Waren- und Güterverkehrs beruht.

FAKTEN STATT IDEOLOGIE

Die Mehrheit aller AfrikanerInnen, selbst diejenigen, die nicht in ihrem Heimatland leben, hat gar nicht die Absicht, ihren Kontinent zu verlassen. Insgesamt leben überhaupt nur drei Prozent aller AfrikanerInnen als MigrantInnen außerhalb ihres Geburtslands. Im ganzen subsaharischen Afrika ist dabei geschätzt von 17 Millionen Menschen die Rede, von denen 7,5 Millionen in Westafrika und 7 Millionen als papierlose «Illegale» in Südafrika leben. Die wenigsten von ihnen wollen nach Europa. Dem entspricht, dass das Hamburger WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) die Zahl der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in der gesamten Europäischen Union (EU) auf gerade mal 2,8 bis 6 Millionen Menschen schätzt. Südafrika hat 50 Millionen Einwohner, die EU 500 Millionen.

Die angebliche Fluchtbewegung der afrikanischen «Massen» nach Europa ist eine ideologische Behauptung, die dem Zweck dient, ganze Bevölkerungsgruppen in materieller Unsicherheit zu belassen, indem ihre bloße Existenz, ihre Menge und ihre virtuellen Forderungen nach Rechten als Bedrohung begriffen werden.

Tatsächlich gehört Migration für viele Menschen in Westafrika zu einer traditionellen Lebensweise, die mit den Rhythmen saisonaler Arbeit, mit dem Handel und mit Pilgerfahrten zusammenhängt. Sofern sie immer wieder neue Handlungshorizonte eröffnet, ist sie zugleich eine Strategie, in der Mobilität gegen Zwang eingesetzt wird. Die vorwiegend subsaharischen MigrantInnen fluktuieren seit jeher in dem Raum der Maghreb-Sahara-Sahelzone, in dem die Staaten schon immer kulturelle, religiöse und kommerzielle Beziehungen gepflegt haben und in dem die offiziellen Staatsgrenzen immer auch Ausdruck des kolonialen Erbes sind. Begünstigt wird diese permanente Fluktuation durch den Umstand, dass die Bevölkerungen der Staaten der 1975 gegründeten Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas¹) bis heute für unbestimmte Dauer ohne Visumpflicht und Arbeitslimitierungen zirkulieren können. Sie folgen dabei einer informellen Kartographie der Migration, die sich aus Berichten und Hinweisen von Verwandten und bereits emigrierter Wanderarbeiter ständig aktualisiert.

IMMER WEITERE WEGE

Natürlich halten viele MigrantInnen an dem Wunsch von einem Leben auf «der anderen Seite der Welt» fest, solange dieses Leben weniger Gewalt verspricht und so viel reicher ist. Für diese neuen Verdammten der Erde, die seit Jahren im Transitraum der Sahara ein Leben zwischen Traum und blanker Existenz führen, ist und bleibt die Migration auch nach Europa weiter auch eine letzte Hoffnung. Ursprünglich wollten die meisten dieser *harragas* («die ihre Vergangenheit verbrennen»), wie die zumeist papierlosen Flüchtlinge im arabischen Maghreb genannt werden, aus dem subsaharischen Afrika von Agadez über Nordwestalgerien nach Nordmarokko, um dann die Straße von Gibraltar zu überqueren, die Meerenge am westlichen Ausgang des Mittelmeers. Weil hier das «Weiße Meer», wie es im Arabischen genannt wird, nur 14 bis 44 Kilometer breit ist, kann die spanische Küstenlinie von der marokkanischen Seite aus bei klarem Wetter mit dem

¹ Zu den ECOWAS-Staaten gehören Benin, Burkina Faso, Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo.

bloßen Auge gesehen werden. Aber seitdem die spanische Küstenwache ab circa dem Jahr 2000 diesen Weg blockierte, fassten die Flüchtlinge den Weg weiter östlich über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla ins Auge, jene einzigartige Hinterlassenschaft einer Epoche, in der die Bevölkerungsströme noch umgekehrt, also in Nord-Süd-Richtung, über das westliche Mittelmeer drängten. An jenem historischen Ort starben im September 2005 jene 14 afrikanische Flüchtlinge, die in einem kollektiven Akt mit tausenden Anderen versucht hatten, die Grenzzäune nach Europa zu überwinden. Danach wurden Ceuta und Melilla in nahezu uneinnehmbare Festungen verwandelt.

Nachdem Europa seine Außengrenze an den Rand der Sahara exportierte, verlagerten sich die Migrationsrouten im ersten Zug an die marokkanische Atlantikküste, von wo die MigrantInnen jetzt verstärkt auf die Kanarischen Inseln übergesetzent. Seit die Patrouillen-Boote des europäischen Grenzschutzes deshalb auch vor der mauretanischen Küste kreuzen, beginnt die Fahrt in der Casamance, dem südlichen Senegal, und die Motorboote der Küstenfischer starten selbst aus Guinea-Bissau.

Trotz der sich vollziehenden Externalisierung des EU-Grenzregimes ist es auszuschließen, dass Europa tatsächlich diese mannigfaltige und hunderttausendfache Migrationsbewegung innerhalb Afrikas wird «steuern» können. In weiten Teilen des subsaharischen Afrikas sind die Grenzen der Nationalstaaten noch immer porös und die Menschen-, Güter-, Ressourcen- und Waffenströme kaum eingeschränkt. Der Maghreb und der Raum der Ecowas-Staaten haben längst eine geostrategische Bedeutung für Europa gewonnen. Ressourcen wie Erdöl, Uran und Erdgas spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Die Bedeutungen der Potenziale von erneuerbarer Energie, wie etwa das Solarstromprojekt Desertec, machen den geographischen Raum auch interessant für historisch weniger präzente Akteure wie Deutschland.

DIE ERWEITERTE BANLIEUE

Dass es paradoxerweise nicht allein die Armut, sondern gerade der vorhandene Ressourcenreichtum ist, die die Abwanderung innerhalb Afrikas oder ins europäische Ausland begründen, verdeutlicht auch ein Blick auf Mali – der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und zugleich eines der ärmsten Länder der Welt. Der Mindestverdienst (Salaire Minimum) eines ungelerten Arbeiters beträgt ca. 23 000 CFA-Franc (35 Euro), der eines Facharbeiters ca. 50 000 CFA-Franc monatlich.

In der Region des Sahel im Nordosten von Mali liegen am großen Niger die Orte, die fast jeder passiert, der sich aufmacht, den afrikanischen Kontinent zu verlassen: Gao und Kidal. Auch wenn die Wüsten-Route nur einer der Wege ist, den Kontinent zu verlassen, ist sie doch der Ameisenpfad für das Proletariat der MigrantInnen – für diejenigen, die sich weder eine Bootspassage an der senegalesischen Küste noch ein Schengen-Visum, noch nicht einmal ein schlecht gefälschtes, leisten können. Von dort aus starten die klandestinen Flüchtlingstrecken auf Kleintransportern durch die menschenfeindliche Sahara, um die versteckten Häfen an der libyschen Küste zu erreichen. Bis zu dem jüngsten bilateralen Abkommen mit Italien im Jahr 2010, seitdem sich Libyen die Verfolgung und Abschiebung subsaharischer MigrantInnen im Auftrag der EU mit 4,3 Milliarden Euro vergüten lässt, setzten von hier ungezählte kleine Fischerboote auf die italienische Insel

Lampedusa über. Ein großer Teil derer, die ihren Weg nach Europa über Marokko oder Libyen suchen, kommen aus Mali. Weil Mali zugleich Transitland für viele MigrantInnen aus den südlichen Teilen Westafrikas ist, hat die europäische Außenpolitik das Land als Laboratorium ihres Migrationsmanagements ausgewählt. Dabei hat die alte Kolonialmacht Frankreich das frankophone Westafrika und besonders Mali immer schon als historische Sonderwirtschaftszone betrachtet. Doch seitdem das Reservoir der billigen afrikanischen Arbeitskräfte nicht mehr benötigt wird und das Schengener Abkommens im Jahre 1990 die Visumsfreiheit für Frankreich beendete, dient Mali nur noch als erweiterte Banlieue, in die die überflüssigen «Papierlosen» aus Europa abgeschoben werden. Unter dem aktuellen Präsidenten Amadou Toumani Touré treffen Frankreich und die EU auf eine weitgehend willige Regierung. Finanzielle Versprechungen im Rahmen von Kooperationsverträgen und Entwicklungszusammenarbeit (EZ), sowie in Aussicht gestellte Kontingente im Kontext der zirkulären Migration, sollen Anreize für Rücknahmeabkommen auf bilateraler Ebene schaffen.

EIN LEBEN «WIE IN DER HÖLLE»

Das in der Landeshauptstadt Bamako angesiedelte Büro für Migrationsmanagement (CIGEM – Centre d'Information et de Gestion des Migrations au Mali) soll Modelle für ein effizientes und selektives Migrationsregime auf afrikanischem Boden entwickeln, die das Gros der Abwanderungsbereiten in Afrika halten und ausgesuchte und für den EU-Arbeitsmarkt qualifizierte MigrantInnen zeitlich befristet nach Europa holen sollen. Dabei setzt die EU gezielt auch auf vorhandene Selbsthilfevereine von ehemaligen Abgeschobenen, um deren lokale und regionale Unterstützungsnetze in das moderne Containment gegenüber der Bewegung der Migration einzubinden. Diesen Versuchen der Inkorporation, die durch finanzielle Anreize selektive und nur punktuell ansetzende Projekte zur «Förderung des Hierbleibens» («Promotion du mieux être ici») lancieren, widerstehen bis heute Solidaritätsnetzwerke wie die Organisation ehemaliger Abgeschobener AME (Association Malienne des Expulsés), Partner von medico international, die nicht nur Abgeschobenen direkte Hilfe zukommen lassen. Sie konnten zudem auch im Vorfeld von Staatsbesuchen und EU-Verhandlungen bislang erfolgreich verhindern (Stand: 2010), dass die malische Regierung nicht-öffentliche Rückführungsabkommen abschließt.

Ousmane Diarra, Präsident der AME, beschrieb im malischen Parlament die migrantische Odyssee des 21. Jahrhunderts und das hunderttausendfache Ausgeliefertsein zwischen struktureller Armut und der erzwungener Immobilität wie folgt: «Mit der Ankunft in unserem Heimatland und nach der Registrierung durch die Grenzpolizei, werden wir vollkommen auf uns selbst zurückgeworfen. Nach den vielen Jahren, die wir an anderen Orten verbrachten, lässt man die Abgeschobenen völlig allein. Die Mehrheit von uns musste Frauen, Kinder und materielles Eigentum zurücklassen. Die Not ist Bestandteil unseres Lebens geworden. Wir finden uns in Mali wieder und denken an unser Leben, das anderswo zertrümmert wurde. Die Landflucht, gefolgt von der Emigration, hat schon so viele unserer jungen Brüder und Schwestern auf die Wüstenstraßen geführt. Wenn sie nicht im Meer ertranken, kommen diese MigrantInnen, nachdem sie lange Haft, Schikanen, Schläge und Hunger erlitten haben, als Ab-

geschobene zurück. Sie werden von Grenze zu Grenze geschoben, nur um schließlich im Norden Malis ausgesetzt zu werden. Alleingelassen, leben sie während des Abenteurers in der Wildnis wie in der Hölle.»

Die anhaltende Landflucht ist auch in Mali ein Beweis dafür, dass in der Realität die Kreditaufgaben und vom IWF aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme längst die Herrschaft übernommen haben und von einer eigenständigen staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein kann. Hinzu kommen die bilateralen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) zwischen der EU und 77 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), die die betroffenen Länder zwingen, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu liberalisieren und europäischen Unternehmen den Zugang zu den lokalen Märkten eröffnen. Das liberale Handelscredo aufgehobener Exportrestriktionen schafft in Mali und der gesamten westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht «mehr Markt», sondern verknappt die ohnehin beschränkten regionalen Handlungsspielräume weiter und trifft besonders die Agrarwirtschaft. Geht es nach der EU, sollen weder Steuern auf Importe erhoben noch die lokale Landwirtschaft subventioniert werden. Weil dabei allerdings von den EU-Agrarsubventionen nicht die Rede ist, werden die Märkte Malis und anderer Länder Westafrikas mit Gütern aus dem selbst hochsubventionierten europäischen agrar-industriellen Komplex überschwemmt: Billiggemüse, Milchpulver, Tomaten, Eier und Fleisch, sogar tiefgekühlte Hühnerflügel werden gehandelt.

EXTRAKTION DER RESSOURCEN

Das Akkumulationsregime des Freihandels entzieht dem Land aber auch den Zugriff auf seine Ressourcen: Gold und Baumwolle. Die Goldminen in der Region Kayes und die fruchtbaren Ebenen entlang des Nigerflusses, Zentrum der zweitgrößten Baumwollproduktion im subsaharischen Afrika, sind trotz ihres Reichtums zwei der traditionellen Herkunftsregionen malischer EmigrantInnen. Das Privatisierungsdiktat, dem sich die malische Regierung zur Tilgung seiner Auslandsschulden bereits seit den 1990er Jahren unterwerfen musste, setzte nicht nur die Liberalisierung des Marktes für Saatgut und die Öffnung des Agrarsektors für ausländische Investoren durch. Im August 2008 entzog das malische Parlament seinen Baumwollproduzenten den letzten Schutzschirm und privatisierte die halbstaatliche Gesellschaft für die Entwicklung der Textilindustrie (CMDT – Compagnie Malienne pour le Développement des Fibres Textiles). Diese hatte bis dahin den Baumwollsektor zentralistisch gesteuert und durch eine garantierte Preisstabilität den lokalen Baumwollproduzenten ein bestimmtes Grundeinkommen unabhängig von den schwankenden Weltmarktpreisen garantiert. Bis zu ihrer Privatisierung kontrollierte die CMDT 95 Prozent der Baumwollwirtschaft im Land. Heute sind die malischen Baumwollbauern auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Ohne die hohen Agrarsubventionen der USA, China und der EU, würde nach Schätzungen des Overseas Development Institute (ODI) das Einkommen der westafrikanischen Baumwollproduzenten um 250 Millionen US-Dollar pro Jahr steigen.

Der Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der Ressourcen und der Migration zeigt sich auch in der Struktur der malischen Goldexploration. Die Goldexporte machen zwar 75 Prozent der gesamten Exporte aus, der Goldhandel trägt

aber nur zu 8 Prozent des malischen Bruttoinlandproduktes bei. Die Gründe für diese vermeintlichen Paradoxie liegen im Wesen des neoliberalen Marktes: weitgehende Öffnung des Goldsektors für ausländische Investoren bei gleichzeitiger Ausweitung der industriellen Goldproduktion, dazu extrem rentable Produktionskosten durch Niedrigstlöhne und maximale Steuer- und Handlungsfreiheit für private Unternehmer. Sondergesetze auf Druck der Weltbank begrenzen die staatliche Beteiligung an den Minen auf 20 Prozent und machen so das malische Gold zum profitabelsten in ganz Afrika.

Viele Malier verlassen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen und der Umweltverschmutzung in den Minengebieten die rohstoffreichen Regionen. Im Herbst 2010 wies Samba Tembely, Sprecher der kritischen Coalition des Alternatives Dette et Développement Mali (CAD-Mali) auf einer Versammlung der malischen Zivilgesellschaft zum Thema «Entwicklung und Migration – 50 Jahre nach der Unabhängigkeit» auf diesen eklatanten Widerspruch hin: «Mali konsumiert, was es nicht produziert und produziert, was es selber nicht konsumiert. Dies führt zur Verarmung unserer Bevölkerung, zu der Plünderung unserer Ressourcen und verunmöglicht alle Perspektiven einer wirklich demokratischen Veränderung. So wird unser Land in Abhängigkeit und Unterdrückung gehalten.»

Die internationale Finanzkrise verstärkt diesen Trend, da unterbrochenes Wachstum bekanntlich die Investitionen stocken und in Wirtschaftssystemen ohne staatliche Regulationsmechanismen den Hunger zusätzlich anwachsen lässt. Nach jüngsten Schätzungen von Weltbank und IWF kann in der Region die Armutsrate im Jahr 2015 bis zu 38 Prozent betragen. Das entspräche zusätzlichen 20 Millionen Menschen, die täglich weniger als einen Dollar zum Überleben haben.

BERAUBT UND DESTABILISIERT: ABER AUCH IM AUFBRUCH

Diejenigen, die nur noch ihr «nacktes Leben» (Agamben) haben, werden zunehmend als eine Gefahr betrachtet für die Unversehrtheit des Welthandels und der Wohlhabenden in den USA und Europa. Denn das Bild des Hungernden hat sich gewandelt – vom apathischen Flüchtling in der Sahelzone zum rebellischen Plünderer in einem Slum der afrikanischen Großstädte. Die meisten Hungerrevolten der letzten Jahre fanden in den urbanen Zonen Afrikas statt, in den die Nahrungsmittelpreise von den dramatischen Steigerungen auf dem Weltmarkt bestimmt waren. Westafrika und der Sahel sind daher nicht nur ein geographischer Raum der ökonomischen Extraktion, sondern auch zunehmend eine Zone von potenziellen «Destabilisierungen», die deshalb auch bereits in die strategischen Szenarien des «Kriegs gegen den Terror» Eingang gefunden haben. Durch Kooperationsabkommen mit den regionalen Militärs wird im Rahmen der US-amerikanischen «Initiative Pan-Sahel» versucht, die Region zu kontrollieren und die vermeintlichen Rückzugsräume «terroristischer» Gruppen – darunter auch Al Quaida im Maghreb – einzuschränken. Auch die Bundeswehr ist z. B. in Mali mit Militär- und Polizeiausbildern präsent, die USA rüsten Tuareg-Rebellen gegen «islamische Kämpfer» mit modernen Waffen aus.

In Westafrika hat der Staat als politisch unabhängige Einheit längst begonnen zu verschwinden und die in den 1960er Jahren erlangte formale Unabhängigkeit droht, nicht mehr als ein Abstraktum zu bleiben. Dabei wenden die heutigen

postkolonialen afrikanischen Eliten die globale Tendenz, in der große transnationale Konzerne faktisch die Rechtsprechung und Autorität von nationalen Staaten hinter sich lassen (Negri/Hardt), in radikaler Offenheit zu ihren Gunsten: Viele westafrikanische Regierungschefs verstehen sich längst nicht mehr als Wahrer allgemeiner Interessen, sondern handeln als Aufsichtsratsvorsitzende in eigener Sache – ob es nun um Fischereirechte, Explorationskonzessionen für Rohstoffe oder die Umverteilung aus Privatisierungsgewinnen geht.

Für den Traum des 2001 verstorbenen Dichterpräsidenten und Gründers der senegalesischen Demokratie, Léopold Sédar Senghor, von einem «Eurafrrique» brachte das alte koloniale Europa schon in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts keinerlei Verständnis auf. Afrikanische Freiheitskämpfer wie etwa Amilcar Cabral aus Kap Verde oder auch Thomas Sankara aus Burkina Faso warfen dem Begründer der poetischen «Négritude» nicht zu Unrecht eine «unterwürfige Affinität» gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich vor.

Aber in den heutigen Zeiten, in denen die Ecowas-Staaten die Privatisierungsdiktate des IWF und der Weltbank durchlitten und multinationale Konzerne zunehmend die noch vorhandenen öffentlichen Güter aufkaufen, wäre Senghors Traum von «gleichberechtigten Partnern» ein geradezu revolutionäres Vorhaben.

Die Freihandelsglobalisierung im subsaharischen Afrika verwischt die bisher geltenden Grenzen, löst die bestehenden territorialen Einheiten auf und schafft so einen geschlossenen Raum für «überflüssige» Bevölkerungsgruppen. An der Peripherie der großen technologischen Veränderungen bildet sich dabei eine Zwangsherrschaft heraus, deren einziger Zweck in der Verwaltung von Ausschussbevölkerungen und der Ausbeutung von Rohstoffen liegt. Hier zeigt sich die totalitäre Seite der Globalisierung, die unterschiedliche Formen extremer Gewalt und damit eine Teilung der Welt in Regionen des Lebens und Regionen des Todes hervorbringt.

Doch weil in den individuellen Massenfluchten aus diesen Elendszonen der hunderttausendfache Wunsch nach Si-

cherheit, Rechten und Glück wirkt und in den Bewegungen der MigrantInnen zugleich eine erste Spur zurückeroberter Autonomie aufscheint, drückt sich in der weltweiten Migration nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch der Anspruch auf Überleben, auf eine «Globalisierung von unten», die auch als autonome Ausdrucksform einer nicht-repräsentativen Demokratie fernab aller staatlichen Kontrolle und Verwaltung verstanden werden kann. Es sind solidarische Formen der Hilfe und des gegenseitigen Schutzes, die jene Menschen praktizieren, die unmittelbar gezwungen sind, sie zu erfinden: die MigrantInnen aus Afrika oder anderen Kontinenten.

Laut dem jüngsten «Bericht zur menschlichen Entwicklung» der UN aus dem Jahr 2009 gibt es für die Menschen in den armen Ländern des Südens noch immer keinen besseren Weg aus der Misere als zu migrieren. Spätestens mit der Einführung einer gesamteuropäischen Grenzpolizei hat sich die EU dagegen eine Bürokratie der Selektion geschaffen, die die eigene Sphäre des ökonomischen Wohlstands vor dem Begehren der globalen Armen «schützen» soll. Darin zeigt sich die Wahrheit der europäischen Gegenwart: Der Bau eines neuen eisernen Vorhangs zwischen denjenigen, die in den Gegenden relativer Sicherheit dazu gehören, und jenen Millionen von Ausgegrenzten, die der letzte Zyklus der Globalisierung zu Landlosen und Vagabunden machte. Diese neue Mauer zu überwinden und schlussendlich einzureißen muss deshalb als Widerstandsrecht und direkter Vorgriff auf jene solidarische Zukunft verstanden werden, die die altermondiale Bewegung meint, wenn sie sagt: «Eine andere Welt ist möglich».

Martin Glasenapp arbeitet für die sozialmedizinische Hilfsorganisation medico international.

Dank für Hilfe an Judith Kopp.

Hinweis: Informationen über die Partner von medico im westafrikanischen Netzwerk für die Rechte der MigrantInnen unter: www.medico.de.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de